

Berlin, den 9. August. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Obersten Grafen von Waldersee, Commandeur des Kaiser Alexander Grenadier-Regiments, den St. Johannis-Orden; so wie dem Feldwebel Schreiber vom 24ten Infanterie-Regiment, dem vormaligen Musketier Karl Louis Nitsche vom 19ten Infanterie-Regiment und dem Unteroffizier Hermann von der Kavallerie des 1ten Bataillons (Pöfen) 18. Landwehr-Regiments, das Militär-Ehrenzeichen zweiter Klasse zu verleihen.

Se. Hoheit der Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin ist von Karlsruhe; Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath Graf von Renard, von Breslau; der General-Major und Kommandant von Küstrin, von Corvin-Wiersbicki, von Küstrin; der Wirkliche Geheime Legationsrath, Freiherr von Patow, von Potsdam; der Präsident des Konfistoriums der Provinz Schlesien, von Nechtritz, von Breslau und Se. Excellenz der Herzoglich Anhalt-Röthensche Staats-Minister von Göppler, von Köthen hier angekommen.

Während der bevorstehenden Kammerstungen wird der Korrespondenz der Kammer-Präsidenten und der Abgeordneten unter folgenden Bedingungen die Portofreiheit beigelegt:

Es werden frei befördert: 1) alle Briefe und Aktensendungen, ohne Beschränkung des Gewichts, welche von den Präsidenten der Kammern abgesandt werden und an dieselben oder an die Kammern direkt eingehen; 2) alle amtlichen sowohl als Privat-Briefe, welche von den Abgeordneten abgesandt werden und an dieselben eingehen, bis zum Gewichte von 2 Loth inklusive. Ausgenommen von dieser portofreien Beförderung sind jedoch die convertirten regelmäßigen Sendungen von Zeitungen und Tagesblättern.

Die von den Kammer-Präsidenten ausgehenden Sendungen müssen mit der Rubrik: „I. (II.) Kammer-Angelegenheit“ bezeichnet, mit dem Stempel der Kammer bedruckt und durch die Namens-Unterschrift oder den Namensstempel des Präsidiums, event. durch die eigenhändige Namenschrift des Bureau-Direktors der Kammer bestätigt sein. Die von den Abgeordneten abzusendenden Briefe werden mit dem Namen des Absenders handschriftlich bezeichnet sein. Die Bezeichnung durch Stempel, Druck, Lithographie u. s. w. begründet die Portofreiheit nicht. Auf den Briefen an die Präsidenten und Abgeordneten muß diese Eigenschaft der Adressaten ausgedrückt sein.

Die Portofreiheit tritt nur ein für die an die Abgeordneten nach Berlin abgesandten und für die von denselben in Berlin zur Post gelieferten Briefe.

Berlin, den 5. August 1849.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

Deutschland.

CC Berlin, den 7. August. In Baiern hat es immer geschichtskundige Männer gegeben, und in Wien hat man bis jetzt recht gut lateinisch verstanden; wer weiß das nicht? Und doch kommt weder der Neuen Münchener die Fülle jener bairischen politischen und historischen Weisheit, noch dem Oesterreichischen Lloyd die weltbekannte vaterländische Kultur in Sachen der Humaniora zu Gute, und es ist ein Unglück für jene, sich in geschichtlichen Allegationen ergehen, und für diesen, gelehrte Citate aus dem klassischen Alterthum versuchen zu wollen. — In München erinnert man an den Fürstenbund in dem Augenblicke, wo eine sogenannte bairische Politik, eifersüchtig auf Preussische Macht und Herrlichkeit, sich gegen eine unabhängige Nothwendigkeit spreizt. — In Wien citirt man dem Lloyd den horazischen Vers: Quod peccant reges, plectuntur Achivi; und doch lautet er: Quidquid delirant reges, plectuntur Achivi; und doch hat im Munde des Oesterreichischen Lloyd jener horazische Vers nur in letzterer, unverfälschter, Gestalt einen Sinn. Denn kein unbefangener Leser des Lloyd kann läugnen, daß viele, man sagt halbamtliche, Artikel desselben nicht sowohl Sünden des lateinischen Geschmacks bedeuten — denn bekanntlich hat die Sünde ihre Reize — sondern wahrhaft im Delirium geschrieben sind. — In München erinnert man an das Jahr 1785, wo der mächtige Scepter des Preussenkönigs bannung rettete, in einem Augenblicke, wo das bairische Ministerium so gern in sein Tagebuch mit geheimer Satisfaktion verzeichnet hätte: „Deutschland und Preußen vermittelt 1849 durch Baiern!“ — In Wien erinnert man in einem ministeriellen Blatte an die Sünden der Könige, damit die Besitzer gewisser papiernen Guldennoten die Tüfe des: plectuntur Achivi in seinem ganzen Umfange zu würdigen versehen. Das konstitutionelle Oesterreichische Blatt thut Recht daran, in seinen halbamtlichen Artikeln über den Text von zerrissenen Herzen und Gulden armer Achiver zu predigen!

In München citirt man als seine Quelle ein acht preussisches Buch, den Dohn, in seinem Werkchen über den Fürstenbund. O sancta simplicitas! Jedes Blatt in dieser Schrift ist eine Vertheidigung Baierns gegen einen österreichischen Reichsfürst, eine gelüste, eine Widerlegung lebenswürdiger Sophismen, die von der Frankfurter Zeitung, sobald wir sie aufmerksam gemacht haben, abgedruckt werden müssen, und man citirt dieß in einem Augenblicke, wo die Pfalz nicht von bairischen Kriegshelden erobert worden ist.

Wir rathen der Neuen Münchener Zeitung, denn wir glauben doch vermuthen zu dürfen, daß sie es mit ihren Drohungen nicht allzu ernst meint, daß sie bei ihren historischen Citaten etwas vorsichtiger werde; sie dürfte sonst nicht böse werden können, wenn wir zu ihrem Schrecken und Grauen historische Gespenster heraufcitirten, vor denen selbst ein Wittelsbach-Zweibrückener Stolz erbleichen, ein centralgewaltig treues bairisches Herz unangenehme Affektionen erleiden möchte.

Dem Lloyd rathen wir nicht; bevor wir ihm rathen, hat er längst seine Farbe gewechselt! —

CC Berlin, den 7. August. In der Presse wird wiederum viel über angebliche Preussische Gelüste, die Festung Rastatt allein besetzt zu behalten, geseelt; eben so von einer dagegen protestirenden Oesterreichischen Note. Wir können dagegen versichern, daß Preußen seiner Bundespflicht eingedenk, sogleich nach der Wiedereroberung der Festung Oeserreich aufgefördert hat, das bundesverfassungsmäßige Bundeskontingent zu liefern, während Preußen mit seinen Truppen für das Badensche Kontingent eintreten werde. Preußen hat bei dieser Frage natürlich den Reichs-Kriegsminister, den es nicht mehr anerkennt, ganz umgehen müssen.

Herr Balemann ist gestern in einer Abreise bei Sr. Majestät sehr gnädig empfangen worden, und ist heute in Begleitung des Herrn Baron Eilencron (der im Auftrage der Schleswig-Holsteinischen Regierung sich hier bisher aufhielt) nach Schleswig zurückgekehrt.

Berlin, den 7. August. Die Maigesangenen haben sich in Folge des abschlägigen Bescheides des Kammergerichtes in Betreff der Kassation des Erkenntnisses des Kriegsgerichts, heute an das Geheime Ober-Tribunal gewandt, um durch richterliches Erkenntniß eine Entlassung aus der Haft zu bewirken.

Als Führer einer für die 2. Kammer bildenden Linken hört man den Präsidenten Wenzel von Ratibor bezeichnen.

Von einer Seite, auf welcher man nicht übel unterrichtet zu sein pflegt, hört man, daß schon vor der Eröffnung der Kammern, der Kriegsminister v. Strotha seine Entlassung habe nehmen wollen, jedoch auf mehrfaches Ansuchen die Ausführung dieses Entschlusses, bis nach der Eröffnung verschoben habe, wo die Niederlegung des Portefeuilles erfolgen werde. Als Nachfolger wird der General-Lieutenant von Stockhausen genannt.

Das stenogr. Bureau der zweiten Kammer besteht genau aus demselben Personal, aus dem es früher zusammengesetzt war. Nur einer der Beamten ist nicht wieder eingetreten, obschon er hierzu aufgefördert worden ist. Dem Bureau-Vorsitzer, Herrn Jacquet war bei Annahme der betreffenden Beamten völlig freie Hand gelassen worden, und er hat hiervon einen um so anerkennenswerthen Gebrauch gemacht, als der politische Charakter der Beamten ihn bei der Auswahl nicht geleitet hat, sondern lediglich das Princip der Tüchtigkeit.

Der Schluß der heutigen Eröffnungsrede kündigt bereits eine Königl. Botschaft an, welche die Kammern zur Wahl der Staatenhaus-Mitglieder auffordern soll. In der That soll unsere Regierung die Absicht haben, den Zusammentritt eines deutschen Reichstages zu beschleunigen; man spricht jedoch davon, daß dieser Plan bei Hannover und Sachsen noch auf einigen Widerstand stoße.

Von Polnischen Abgeordneten sind einige hier eingetroffen, u. A. der aus der vorjährigen Insurrection bekannte Justiz-Commissar Krauthofer-Krotowski. Die Mehrzahl der bis jetzt angelangten Polen gehören den oberschlesischen Wahlkreisen an. Von diesen bemerkte man den Pfarrer Schaffranek und den Bauer Gorzalka.

Die Wahlmänner des zweiten größten Wahlbezirks waren Behufs der auf den 9. d. M. Vormittags 9 Uhr anberaumten Neuwahl eines Abgeordneten für die zweite Kammer vorgestern Abend um 7 Uhr im Kadettenhause zu einer Besprechung versammelt. Der Major v. Holleben theilte, als Vorstandsmittglied dieser Wahlversammlung, die beiden eingegangenen Schreiben der Herren Camphausen und v. Stockhausen mit, worin ersterer die auf ihn hier gefallene Wahl eines Abgeordneten für die zweite Kammer ablehnt und letzterer solche annimmt. Als Candidaten zur Neuwahl wurden dann der Stadtrath Dr. Jacobson, Stadtverordneter Fähndrich, der Färbereibesitzer Major Nobiling, der Professor Fr. v. Kaumer, der Professor Dhm, der Major v. Holleben und der Dr. Below auf die Liste gebracht. Der Major v. Holleben ergriff darauf in einer kurzen Rede das Wort über das Institut der Bürgerwehr und über die Einkommensteuer, was allgemein ansprach. Dr. Below lehnte seine Candidatur wegen seiner Jugend ab, ebenso der Stadtverordnete Fähndrich.

Im hiesigen dritten Wahl-Bezirk haben heute für die beiden früher gewählten Deputirten, Herrn v. Griesheim und Stiehl, Ergänzungswahlen stattgefunden, und ist der Professor Trendelenburg von 268 Stimmen mit 181 gewählt worden. Der frühere Staats-Minister v. Bodelschwingh erhielt 85 Stimmen. Ferner wurde der Stadtrath Gamet mit 265 unter 266 Stimmen zum Deputirten gewählt.

Der berühmte Mathematiker Professor Jacobi, welcher vor einigen Jahren auf seinen Wunsch mit einer ansehnlichen Gehaltszulage aus der Chatouille des Königs von Königsberg hierher versetzt worden ist, gedenkt Berlin wieder zu verlassen und in seinen früheren Wirkungskreis zurückzutreten, da seine politische Gesinnung hier bei keiner Partei anspricht und er deshalb ziemlich isolirt in Berlin dasieht. An den Sitzungen der Akademie, deren wirkliches Mitglied Herr Jacobi ist, vermeidet derselbe schon seit einiger Zeit Theil zu nehmen.

Der neu constituirte gesellige Volksverein der Friedrichstadt

hatte vorgestern im Tivoli-Lokale eine Versammlung veranstaltet. Nach Beendigung eines Concerts wurde über Organisation des Vereins ein Vortrag im Freien gehalten, da die Säle des Establishments zu klein waren, um die zahlreichen Versammelten, etwa 4—5000 an der Zahl, zu fassen. Der Vorsitzende ließ nach Verlesung des Statuts über dasselbe abstimmen. Es wurde gegen nur eine Stimme angenommen. Das für Waldeck bestimmte Geschenk wird in einem silbernen Lorbeer- und Eichenkranz bestehen.

Im Ganzen dürften etwa 10—12 Preußen, welche bei dem Aufstande in Süd-Deutschland sich betheiligten und mit den Waffen in der Hand ergriffen wurden, dem kriegsrechtlichen Urtheile verfallen.

Erfurt wurde bisher von allen Seiten und mit gutem Grunde als die Stadt genannt, in welcher der Sitz der Deutschen Reichsversammlung sein würde. Es scheint aber jetzt, daß die Versammlung in Berlin tagen wird, da die unmittelbare Nähe des Königs als Reichsoberhaupt und die der hier residirenden Gesandten sprechende Gründe dafür sind.

In der gestrigen Volksversammlung der konstitutionellen Abgeordneten zur zweiten Kammer, welche im Englischen Hause stattfand, hatten sich gegen 150 Mitglieder eingefunden. Namentlich waren außer den gestern bereits Genannten die Herren Graf Arnim, v. Auerwald, Franke, Geyert, Harfort, Kühlweiser, Landfermann, Ulrichs, Wenzel, von Wardeck hinzugegetreten. Den Vorsitz führte Herr Stiehl. Es wurde zweckmäßig gefunden, die Geschäftsordnung der zweiten Kammer, welche am 28. März d. J. von der damals versammelt gewesenen zweiten Kammer einstimmig angenommen worden, in der morgen bevorstehenden Eröffnungssitzung zur Annahme zu empfehlen.

Breslau, den 7. August. Die letztfällige „Wiener Post“ ist heute Nachmittag ausgeblieben.

PPC Greifswald, den 6. August. In diesem Halbjahr ist die hiesige Universität von 193 Studirenden (worunter 7 Ausländer) besucht und zwar zählt die theologische Fakultät 6 Lehrer und 30 Studenten, die juristische 5 Lehrer und 42 Studenten, die medizinische 5 Lehrer und 80 Studenten, die philosophische 18 Lehrer und 43 Studenten.

PPC Stralsund, den 6. August. Am 29. Juli feierten der gesellige Verein, der Handwerker, Arbeiter- und Volksverein das Wallensteinfest zur Erinnerung an den Muth und Gemeinnutz, mit denen Stralsunds Bürger vor 221 Jahren die Freiheit bewahrt haben.

Münster, den 5. Aug. Die Voruntersuchung gegen Temme ist geschlossen. Die Akten werden nun an den Kriminal-Senat des Appellationsgerichts gelangen, um darüber zu beschließen, ob Temme in Anklagestand versetzt werden soll oder nicht. Alle Juristen, die wir über diese Sache haben sprechen hören, sind indessen der Ansicht, daß von dem Gerichte eine Verweisung in den Anklagestand nicht zu erwarten sei. Der Staats-Anwalt hat nämlich die Untersuchung gegen Temme wegen Hochverraths beantragt und dieses Verbrechen darin finden wollen, daß Temme an der Wahl und Ernennung der Reichsregentschaft in Stuttgart Theil genommen habe. Das Allgemeine Landrecht nennt aber Hochverrath wörtlich „ein Unternehmen, welches auf gewaltsame Umwälzung der Verfassung des Staates oder gegen das Leben oder die Freiheit seines Oberhauptes abzielt.“ Wer nun aber die erwähnten Beschlüsse des Stuttgarter Parlaments nur in etwas kennt, der wird sich des Lächelns nicht enthalten können, wenn er sieht, wie man darin ein Verbrechen zu einer gewaltsamen Umwälzung der Verfassung des Preuß. Staats suchen kann. Wir sind jedenfalls überzeugt, daß die Geschwornen einen Mann nicht der Todesstrafe überliefern werden, der ohne Nebenrückichten in dem guten Glauben gehandelt hat, daß er als Vertreter des Volkes nicht anders handeln könne. (Köln. Ztg.)

Hamburg, den 4. August. Von der heute geschlossenen norddeutschen Lehrerverammlung sind nachfolgende Beschlüsse gefaßt worden: 1) Es ist wünschenswerth, daß in einer allen Arten von Schulen gemeinsamen Vorschule (allgemeine Volksschule) der Grund aller Schulbildung gelegt werde. 2) Die höheren Volksschulen sollen kein Kind, bevor es das zehnte Jahr erreicht hat, aufnehmen. 3) Besondere Lehrer-Bildungs-Anstalten sind erforderlich. 4) Die Lehrer-Bildungs-Anstalten sind mit den Universitäten zu verbinden. 5) Vorbereitungsschulen für den künftigen Volksschullehrer ist die Real- und höhere Bürgerschule.

Die Versammlung war von 3—400 Lehrern aus den verschiedensten Gegenden Norddeutschlands besucht, unter welchen sich auch Seminardirektor Mergel aus Berlin befand. Die nächste Versammlung wird wieder hier stattfinden.

Schleswig, den 5. August. Durch Circular des Departements des Innern vom gestrigen Tage ist die Landesversammlung, statt, wie früher bestimmt war, auf den 8ten, bereits auf den 7ten d. M. einberufen worden. Im Circular heißt es, die Statthalterchaft habe es unter den obwaltenden Verhältnissen für nothwendig erachtet, daß die Landesversammlung baldigt zusammentrete. Es regt sich hier überhaupt seit ein paar Tagen sehr. Auf das Bestimmteste wird versichert, daß General Bonin gestern seinen Abschied aus Schleswig-Holsteinischen Diensten genommen habe, und daß bereits ein geeigneter höherer Offizier zum Nachfolger für ihn gewonnen sei. Auch vernimmt man, daß der seitigerige Departementschef für das Kriegswesen, welcher bekanntlich nicht militärisch gebildet ist, nunmehr durch einen ausgezeichneten Militair ersetzt werden wird. Diese und noch andere Umstände deuten darauf hin,

daß das Schwanken in den Entschlüssen der Statthaltertschaft, welches in der letzten Zeit wenigstens anscheinend stattgefunden und welches bei der Bevölkerung, wie jede Ungewißheit, eine peinliche Unruhe zu erzeugen nicht umhin konnte, jetzt aufgehört hat, so daß die Stellung des Landes von nun an eine entschiedenere sein wird.

Neumünster, den 6. August. In der heute hier stattgehabten Versammlung der Vertreter der volksthümlichen Vereine Schleswig-Holsteins wurde außer Anderem im Wesentlichen folgendes Beschl. gefaßt: „Wir erklären: 1) Von der Statthaltertschaft und der Landesversammlung erwarten wir, daß sie zur Rettung des Vaterlandes mit der größten Energie alle verfügbaren Wehrkräfte nicht bloß der Schleswig-Holsteiner, sondern auch der übrigen deutschen Brüder anwenden werde; 2) die Departements- und Chefs-Jacobson und Harbou entbehren der Fähigkeit und des Vertrauens, um in der höchst schwierigen Lage des Landes in ihren wichtigen Aemtern ohne Gefahr für das Vaterland länger verbleiben zu können.“ Welche Erklärung am 10. d. in Schleswig durch zahlreiche Deputationen der Statthaltertschaft und der Landesversammlung überreicht werden soll.

Mus Nordschleswig, den 4. August. Die obwaltenden Differenzen wegen der Demarkationslinie sind in Berlin zu Gunsten Dänemarks erledigt. Die Linie beginnt am Steinberger Busen, eben südlich von Oestergaard, geht von da in westlicher Richtung, stellenweise sogar mit einer Neigung nach Süden, südlich Flensburg vorbei, und dann quer durchs Land, eben nördlich von Tondern nach der Westsee, so daß Hoyer mit seinem durch die Lister Tiefse bedeutenden Hafen, die Hoyer Harde und fast das ganze Flensburger Angeln nördlich von der Demarkationslinie liegen bleiben. Durch die Art, wie diese Differenzen gehoben sind, werden die praktischen Schwierigkeiten, die sich der Ausführung des Waffenstillstandes entgegenstellen, nur noch vermehrt, da fast alle Verwaltungsbezirke, welche die Linie berührt, quer durchschnitten werden.

Schwerin, den 6. August. Die heutige Mecklenburger Zeitung bringt an ihrer Spitze die neulich bereits in der Deutschen Reform mitgetheilte Nachricht von der Verlobung Ihrer Hoheit der Herzogin Louise mit Sr. Durchlaucht dem Prinzen Hugo v. Windisch-Gräg, Sohn des Fürsten Berard v. Windisch-Gräg und der Fürstin Eleonora, geb. Prinzessin v. Lobkowitz.

Braunschweig, den 7. August. In der gestrigen Sitzung unserer Abgeordneten-Versammlung wurden von dem Staatsministerium sehr wichtige Vorlagen über die in Berlin geführten Verhandlungen in Betreff des Anschlusses Braunschweigs an das Bündniß der drei Königreiche gemacht. Sie bestehen in einem Protokoll von der Sitzung des Verwaltungsrates zu Berlin, in welcher die Verhandlungen über den Zutritt Braunschweigs geführt wurden, und in einem ausführlichen Schreiben des Staatsministeriums, worin die gethanen Schritte motiviert werden. (D. R. Z.)

Meiningen, den 5. August. Wenn Ihre Leser die Hoffnung gefaßt haben, daß es bald zu einer Thüringischen Einheit oder doch zu einer gemeinsamen Gesetzgebung der Thüringischen Staaten kommen werde, so sind sie zu weit gegangen. Die Sache wird vielmehr daran scheitern, daß Weimar sich am lebhaftesten dabei betheiligt, und nun die übrigen kleineren Staaten fürchten, es sei auf den Untergang ihrer Selbstständigkeit abgesehen. Wenigstens scheint man hier sowohl von Seiten der Regierung, als des Landtags die Sache leider so anzusehen, und als daher beim letzten dieselbe zur Sprache kam, äußerte Abg. Bernhardt: „Ich kann, wenn ich der Sache auf den Grund sehe, in dem in Frage stehenden Projekt nichts Anderes erkennen, als das Wiederaufleben der schon im vorigen Jahre in Weimar zum Vorschein gekommenen Herrschergefühle in anderer Form, und ich würde es für eine sehr traurige Märzerrungenschaft halten, wenn das Resultat daraus hervorginge, daß wir Weimarisch würden. Wenn einmal die Zeit es fordern sollte, daß wir unsere staatliche Selbstständigkeit verlieren, so wollen wir uns einem größeren Staate anschließen, nicht einem Staate wie Weimar, der in vielfacher Beziehung gegen andere zurücksteht, der immer nur darauf ausging, mit der Großmächte zu spielen, ohne die Kraft, sie durchzuführen, der selbst, wenn er alle Thüringischen Staaten verschlänge, noch nicht größer sein würde, als z. B. das Kurfürstenthum Hessen.“ Abg. Erntes fügt hinzu, daß er den ganzen Vorschlag nur als eine Ausgeburt der Demokratie betrachten müsse, die es auf die Mediatisirung der kleineren Staaten abgesehen, und Weimar liebäugle nur mit derselben, um den Nutzen davon zu ziehen. Erst hiesse es einen Landtagsausschuß, dann werde man die Einzelmandate und Einzelministerien ganz als überflüssig betrachten und sie mit einem Gesamtlandtag und Gesamtministerium vertauschen, und da dann noch immer die Landesfürsten übrig bleiben, so werde man an sie die Forderung stellen, dem Gesamtministerium (resp. Weimar) ein Opfer zu bringen und (zu Gunsten des letzteren) zu resigniren. Der Regierungs-Kommissar äußerte nun zwar nichts von dieser Besorgniß, meinte aber doch, daß die verschiedenen Thüringischen Staaten ursprünglich verschiedenen Stämmen angehört, und daß es daher allzu tief in die verschiedenen Interessen einschneiden würde, wenn auf einmal Eine Gesetzgebung einträte. Das Ergebnis war nun, daß der Landtag beschloß, die Regierung nur einfach um ihre Ansicht über die Sache zu ersuchen, welche dann zur Antwort gab, daß sie weder in der vorjährigen Vereinigung, noch in dem diesjährigen Gesamtausschuß etwas Zweckmäßiges zu erblicken vermöge.

Frankfurt a. M., den 4. August. Es ist auf die von Zürich geschickene Aufforderung auch hier ein Comité zusammengetreten, um Geldspenden zum Besten der politischen Flüchtlinge in der Schweiz zu sammeln. Das erste Verzeichniß dieser Gaben wurde nun veröffentlicht und man darf nicht läugnen, daß ziemlich reich gespendet wurde. Begreiflicherweise wird die Unterstützung fast ausschließlich nur von demokratischer Seite gewährt.

Stuttgart, den 5. August. (194. Sitzung der Ständeversammlung vom 4. August.) Am Ministertisch die Staatsräte Römer und Duvernoy. Esentl. öffentliche Blätter zufolge sieht den hohenzollernschen Fürstenthümern eine Okkupation durch preussische Truppen bevor; ich erlaube mir die Frage an den Ministertisch, ob die Regierung eine offizielle Mittheilung hierüber erhalten habe, und welches Vernehmen sie in dieser Sache einzuhalten gedenke? Staatsrath Römer: Der Regierung ist nichts davon bekannt. — Hierauf wird zur Tagesordnung übergegangen. (Schw. M.)

Baden, den 4. August. Die Preussischen Offiziere gefallen

sich hier sehr, wissen aber auch durch ihre Umgänglichkeit und feinen Anstand sich die besondere Gunst der Einwohner, wie der Fremden zu erwerben. Nächstens wird auch das Spiel eröffnet werden, vorerst jedoch nur mit Karten; am 12. August aber soll dann das Spiel überhaupt wie in früheren Jahren statt finden. Da man der Stadt Wiesbaden das Spiel gestattet, so konnte man wohl der Stadt Baden das gleiche Recht nicht vorenthalten. So meint wenigstens sehr naiv ein Correspondent der „Karlsr. Zeitung.“

Manheim, den 3. August. Nächsten Montag beginnt das Kriegsgericht über Trüffler in dem hiesigen Hofgerichts-saal. Hofgerichtsrath Aman ist Ankläger, Anwalt Rüdiger Bertheidiger. Der Zutritt ist nur gegen Karten gestattet.

Kassatt, den 4. August. Während unser Land der kräftigen Haltung der Preussischen Truppen, ihrem tapfern Arme der Weidherstellung der Ruhe und des gesegneten Zustandes verdankt, sind wir nicht selten in der Lage, auch die rein menschlichen, edelsten Handlungen Preussischer Soldaten und Offiziere rühmend zu können. So haben wir selbst am ersten und zweiten Tage nach der Uebergabe der hiesigen Festung, wo die Verpflegung der Gefangenen noch nicht so vollständig geordnet war, als die Militärbehörden es wünschten, viele preussische Soldaten gesehen, welche ihr Brod und was sie sonst etwa an Lebensmitteln hatten, mit den Gefangenen theilten. Neben mir stand ein preussischer Soldat von der Musik, der eben sein Mittagessen erhalten hatte; da gingen einige Gefangene an ihm vorüber, die mit gierigem Blick nach dem eben nicht sehr reichlichem Male hinsahen. Da gab der Preuss sein ganzes Essen an die Gefangenen und hatte nun selbst nichts zu beißen und zu brocken. Er tröstete sich mit den Worten: „Nun ich kann wohl hungern bis heute Abend!“ Wir traten die Thüren in die Augen und gern hätte ich dem edlen Menschen einen Thaler in die Hand gedrückt, wenn es hätte unbemerkt geschehen können. — Eine andere wahrhaft großmüthige Handlung einer preussischen Truppen-Abtheilung lernen wir heute durch das hiesige Wochenblatt kennen. Sie verdient wohl in weiteren Kreisen bekannt zu werden. Am 19. v. M. brach in den Stallungen einer armen Wittwe in Dettingen, Namens Katharina Kalfbrenner, Feuer aus, das bei dem heftigen Winde nicht nur die Wohnung und Scheuer der armen Frau, sondern auch die benachbarten Häuser bedrohte. Flugs waren die Truppentheile der ersten preussischen Division des zweiten Rheincorps unter dem General v. Schack bei der Hand; ihrer Umsicht und raselosen Thätigkeit, insbesondere der muthigen Hülfe der Pioniere, die mit eigener Lebensgefahr das Dach bestiegen, verdankt man die Rettung der bedrohten Gebäude. Aber diese Truppen thaten noch mehr; im Augenblick steuerten sie 120 fl. 37 kr. zusammen, um die Noth der armen Frau zu lindern. Diese Thatfache ist das schönste Zeugniß wahren Edelmuthe. Die arme Frau war von Nahrung so ergriffen, daß sie beim Empfang des Geldes keine Worte fand, ihren Dank auszudrücken. Der brave Ortspfarrer Seckler hat es in ihrem Namen heute im hiesigen Wochenblatt auf recht würdige Weise gethan. In der That, wenn wir Orden zu vertheilen hätten, wir würden hier nicht säumen, es zu thun. (Karlsr. Z.)

Freiburg im Breisgau, den 4. August. Soeben höre ich, daß Kinkel als mit den Waffen in der Hand ergriffener Rebell und Hochverräther heute von dem Kriegsgericht verurtheilt sein soll. Er war in Karlsruhe in Haft. Seine Frau, eine musikalisch und sozialistisch gleich renommierte Virtuosa, war dorthin gegangen, um seine Befreiung, oder doch eine Unterredung mit ihrem Manne auszuwirken. Als sie bei dieser Gelegenheit einen etwas hochfahrenden Ton annahm, wurde ihr vorgehalten, daß ein solcher ihr um so weniger anstehe, da sie sich doch als die intellektuelle Urheberin der Verbrechen ihres Mannes fühlen und anklagen müsse. Sie antwortete: „Wenn dies der Fall ist, so lassen Sie mich doch nicht seiner hinrichten.“ Es wurde ihr entgegnet, daß der Mann nicht nur selbst und allein alle seine Handlungen vor dem Gesetz zu vertreten habe, sondern daß er auch noch für diejenigen seiner Frau verantwortlich sei. Gesetzlich habe der Mann Gewalt über seine Frau und sei daher verpflichtet, sie von verbrecherischen Handlungen abzuhalten. Inzwischen hatte man gegen eine Unterredung nichts einzuwenden. Als jedoch der Gouverneur von Karlsruhe, Oberst v. Brandenstein, dem Gefangenen die Anwesenheit seiner Frau und ihren Wunsch, ihn zu sehen, mittheilte, äußerte er durchaus kein Verlangen, diesem Wunsche zu entsprechen, sondern begnügte sich damit, dem Gouverneur kalt zu erwidern: „Wenn Sie sie sehen, so grüßen Sie sie von mir.“ In Folge dessen reiste die Frau wieder ab. Kinkel aber wurde nach Kassatt transportiert, wo ihm heute sein Urtheil publiziert worden ist. (D. R.)

Sigmaringen, den 3. August. Man erwartet täglich eine Proklamation bezüglich des Aufgehens beider hohenzollernschen Fürstenthümer in Preußen. Nach heute eingegangenen Privatbriefen aus Heidelberg wird das hohenzollernsche Bataillon dort heute zum erstenmal die preussische Uniform tragen. (Schw. M.)

Oesterreich.

Wien, den 5. August. In dem Verzeichniß der hier angekommenen Fremden finden wir den „Baron A. von Bally, Geheimer Rath, von Breslau.“ Da nach Mittheilung der Deutschen Zeitung der viel erwähnte H. v. Bally, nachdem er von München und Stuttgart unverrichteter Dinge zurückgekehrt war, am 30. Juli mit Vollmacht des Reichsministeriums von Frankfurt nach Wien abgereist ist, um die Einzahlung von Rückständen an die Reichskasse zu betreiben, so ist anzunehmen, daß der hier wirklich angekommenene Baron v. Bally mit jenem Mandatar des Reichsministeriums Herrn v. Bally identisch und nur durch Contoiffe der Freundschaft zum Baron anverweilt ist.

Wiederholt wird heute der Friedensabschluß mit Sardinen verkündigt und dabei bemerkt, daß der schwierigste Punkt der Unterhandlung nicht der Abschluß eines Handelsvertrages, sondern die Bewilligung einer Amnestie für die in Piemont sich aufhaltenden Lombarden gewesen sei, die nun zugestanden sein soll.

Die „Const. Ztg.“ veröffentlicht, um die durch fehlende neuere Nachrichten über den Ungarischen Kriegsschauplatz entstandene Lücke auszufüllen, das Schreiben eines konservativen Magyar in Wien, welches wir auch unsern Lesern mittheilen wollen. Nach einer kurzen, hier zu übergehenden Einleitung heißt es dort: „Wie überall hatten auch wir eine Opposition, eine konservative und eine reaktionäre Partei. Die letzte bestand und besteht noch aus einem nur kleinen der Nation entfremdeten Familien-Klub solcher Magnaten, die ihr Vebelang im Auslande ihre Un-

garischen Revenuen vergeudeten, der Ungarischen Sprache nicht mächtig waren und von ihrem Vaterlande nur wußten, daß es existire, viel Wolle, Korn und Wein producire und ihnen einige Millionen einbringe. Bessere Auskunfts hierüber können die Fürsten Batthyany und Esterhazy in London geben. — Andere begüterte Familien wurden durch eheliche Verbindungen in Oesterreich ihrem Vaterlande gänzlich entzogen. Eine Tochter Zichy-Ferraris ist die Gemahlin Metternichs, — Metternichs Tochter an einen Grafen Sandor verheirathet. Hierin die Ursache, weshalb einige Magnaten Ungarns nur „Familien-Politik“ betrieben. — Endlich giebt es bevorzugte Familien, die durch hohe nicht ungarische Aemter gefördert, der Metternichschen Politik gegen Ungarn keine Hindernisse in den Weg legten und sich sogar gegen ihr Vaterland als absolutistische Werkzeuge gebrauchen ließen. So der Minister Gr. Szirady, die Grafen Mailath, Széchenyi (nicht Széchingi) und Palffy. — Den Kern der Reaktion bildeten eigentlich nur die oben genannten Familien. — Ich gehe nun zum konservativen Ungarn über. — Dieser kraftvollen Partei, in der Magnatenfamilie und auch lange Jahre in der Deputirten-Kammer die überwiegende Majorität, hat Ungarn seine Ruhe seit vielen Decennien zu verdanken. Sie verhinderte den offenen Ausbruch der Parteikämpfe, und beschränkte dieselben auf parlamentarische Debatten. Sie bestrebt sich, die Entwicklung Ungarns — gedrängt durch die neuen Zeitbewegungen — nur auf friedlichem Wege zum Ziele zu führen. — Daher unsere konservative Partei nicht nur das Alte zu conserviren im Sinne führte, sondern allen Bestrebungen der Neuzeit nachkommen wollte. Das im Jahre 1847 erlassene Programm unserer Conservativen (an ihrer Spitze standen Graf Emil Desseffy und Graf St. Széchenyi) beweist hinlänglich, daß es mit dem oppositionellen Programme (Kossuth-Batthyany), welches ebenfalls vor dem letzten Preßburger Reichstage verfaßt worden war — wenig divergire. Es waren nur die anzuwendenden Mittel, welche beide Parteien schroff gegen einander stellten und zu heftigen Kämpfen sowohl beim Reichstage als auch in der Provinz Veranlassung gaben. Ja selbst die guten Wiener wurden zuweilen aus ihrem Schlafe gerüttelt. — Was also die Ungarische Opposition seit Decennien forderte, war keine ungerechte Forderung, sie wünschte bloß, die Herstellung derjenigen alten Gesetze, welche der König im Jahre 1792 beschworen, nämlich mit einigen der Zeit angemessenen Neuerungen. Wir wünschten dasselbe mit dem Unterschiede, daß wir nicht so ungestüm auf unsere Forderungen pochten, daß wir der Oesterreichischen Regierung Zeit lassen wollten zur Ausführung dieser Neuerungen. — Den besten Beweis, daß wir kein anderes Ziel verfolgten, lieferte Graf Stefan Széchenyi — in der letzten Zeit der Vorkämpfer der Conservativen — der in das Batthyany-Kossuth-Ministerium trat, bis er leider im Oktober in ein Irrenhaus nach Wien gebracht werden mußte. — Wie Ihnen bekannt, wurde der Ungarische Reichstag gegen das Ende des Jahres 1847 nach Preßburg einberufen; Kossuth als Deputirter des Pesther Comitats, und die Opposition gewann an Stärke, und im März des Jahres 1848 verschwand die konservative Partei fast gänzlich. Die Vorlegung der berühmten Gesetze geschah auf legalem Wege einstimmig von den Deputirten und der Magnatenfamilie. König Ferdinand kam mit dem Hofe nach Preßburg, beschwor dieselben und ernannte das Batthyany-Kossuth-Ministerium. — Die konservative Partei als solche löste sich auf und es gab bis zum Oktober eigentlich nur eine Partei in Ungarn — mit Ausnahme etwa jener kleinen Opposition, welche auf dem Pesther Reichstag gegen Kossuth auftrat. Dies Alles war ein fait accompli und konnte nicht mehr ungeschehen gemacht werden.

Aber nach diesen Ereignissen begriff das Oesterreichische Ministerium nicht, daß es noch möglich sei, friedlich zu regieren. Zu jener Zeit hätte es Kossuth gewinnen können, und durch ihn den Reichstag, man hätte 200 Millionen der Staatsschuld übernommen u. dgl. m. Hatte ja Kossuth selbst — der große Feind Oesterreichs — 40,000 Mann Militair gegen einen äußeren Feind — für das Oesterreichische Ministerium votiren lassen, und wurde dafür von der Opposition heftig angegriffen. — Als der Kaiser von Wien nach Innsbruck floh — rief man in Ungarn ein zweites „moriamur pro rege nostro“, indem eine Deputation im Namen des Reichstags den König nach Buda Pesth einlud. — Der Bürgerkrieg entbrannte mit dem Einbruch des Banus Jellachich. — Batthyany erwartete durch sein persönliches Auftreten in Innsbruck einen künftigen Erlaß, worin Jellachich für einen Rebellen erklärt, — während er zur selben Zeit, jedoch im Geheimen, durch das Oesterreichische Ministerium in alle seine Würden wieder eingesetzt wurde. Am 2. September erklärte Minister Latour am Oesterreichischen Reichstage, auf sein Ehrenwort, mit dem Ban in keiner Verbindung zu stehen — und am selben Tage sendete man ihm, wie es sich später erwies, 150,000 Gulden, mehrere Batterien u. s. w., um den Kampf gegen Ungarn fortsetzen zu können. Diese Politik mußte selbst die Ultrakonservativen — die jetzt meistens in Wien und Baden leben — empören. Aber wir nahmen keinen Antheil an dem Kampfe, wir hofften, ein neues Ministerium in Wien werde die gesegnete Bahn nicht verlassen. — Wir tauschten uns abermals, Windischgräg nahm im Dezember die von den Ungarn dargebotene Pacifikation nicht an, und zwang sie, „Helden“ zu werden. Endlich gab man sich den letzten Stoß und rief die Russen nach Siebenbürgen. Das hieß, man wollte die Ungarn um jeden Preis vernichten. Der Reichstag zu Debreczin suchte daher das alte Gesetz hervor, nach welchem der König, wenn er das Land zu theilen oder seinen auswärtigen Besitzungen einzuweichen versucht — entthront werden kann. Dies geschah auch am 14. April und war um so mehr gerechtfertigt, als Franz Joseph noch nicht inaugurirt und mit der heiligen Krone gekrönt worden war. Noch immer wollten die ultrakonservativen Ungarn in Wien sich von Oesterreich nicht losreißen, in der Hoffnung, der junge Kaiser werde mehr Kraft und Willen besitzen, den Hof-Intriegen zu widerstehen und Ungarn, diesem Edelstein seiner Krone, den Frieden bringen. — Alle Bemühungen der einflussreichen Männer unserer Partei waren vergebens — die Russen erschienen. Ganz Ungarn ward ein großes Kriegslager und der furchtbare Nationalkrieg um Sein oder Nichtsein begann. — Man denke sich unsere Lage hier in Wien. Wir nahmen aus loyaler Anhänglichkeit an die Oesterreichische Regierung keinen Antheil am Kampfe. Wir stritten somit gegen unser eigenes Blut, in der Meinung, dem armen Vaterlande zu nützen, und ihm den Frieden zu bringen. Wir gehörten nie zur Kossuth'schen Partei und sind nun gezwungen — mit der Hand auf dem Herzen — zu gestehen, daß die Oesterreichische Regierung nicht nur die Gesetze von 1848, sondern auch die

1000jährigen Gesetze und Pflichten, welche die heilige Krone St. Stefans auferlegt, verletzt habe, indem sie das öffentliche Anerkennung abgegeben, Ungarn in verschiedene Oesterreichische Provinzen zu theilen, die Slovakei, die Wojwodina u. s. w. von dem Könige abzureißen und die Jahrhunderte hindurch von allen Königen beschworene Integrität des Reiches zu verlegen. Die conservative Partei kann also Oesterreich nicht mehr dienen, sie beginge dadurch einen Verrath an sich selbst. Die Einführung der oktroirten Reichsverfassung ist unmöglich und selbst unvereinbar mit der vormärzlichen Constitution Ungarns. Die alt-conservative Partei ist daher gezwungen, nachdem sie bis zur jüngsten Zeit mit der Oesterreichischen Regierung Hand in Hand ging, dieselbe zu verlängen. Da sie müßte als nicht conservativ — nach etwaigen beendeten Kriegen — wiederum zu den Waffen rufen gegen die Oesterreichische Regierung, um nur den vormärzlichen status quo zu erhalten."

Wien, den 6. August. (Lloyd.) Wir erhalten heute Briefe aus Preßburg, Raab und Wieselburg die wir hier folgen lassen. Aus dem Briefe von letzter Stadt geht hervor, daß das Gerücht, als wäre Raab von den Insurgenten genommen, ungegründet ist. Vorgestern früh wenigstens war von derselben dort noch keine Spur.

Wieselburg, den 5. August. Mit Bezug an mein vorgestern hier aufgegebenes Schreiben aus Raab zeige ich Ihnen an, daß die kais. Besatzung Raab verließ, nachdem sie die Brücke abgetragen hatte, da man in Folge des jüngsten Ausfalles bei Comorn befürchtete, daß die Magyaren auch Raab besuchen werden, um daselbst Requisitionen zu machen. — Diese Besorgniß dürfte indeß doch ungegründet sein, da sie es wohl kaum wagen werden, sich soweit von Komorn zu entfernen. — Ich habe heut früh Raab verlassen, wo von den Ungarn keine Spur war.

Preßburg, den 5. August. Während Ihnen die Nachricht von der Rücksendung der Pesther Mailpost zukam, fand ich Preßburg in großer Spannung über die Dinge, die da geschehen sind. Bereits gestern Abends kamen zahlreiche Marodeurs über die Brücke in die Stadt gezogen. Es sollen die in den Raaber Spitälern gebliebenen Militärs sein, die in Folge einer mit der Rücksendung der Mailpost in Verbindung stehenden Maßregel hierher geschickt worden sind. Heute stellte es sich heraus, daß die Insurgenten (ein Theil der Komorner Besatzung, welche einen Ausfall machte, und von einem über den Plattensee gekommenen Guerrilla-Corps unterstützt wurde), deren Nähe bei Raab Ihnen bereits gestern bekannt war, vor jener Stadt einen Coup ausführten, bei welchem ihnen ein großer Trübschiff, mit Montur beladene Wagen u. Andres in die Hände fielen. Die Kriegskasse ist gerettet worden. Man sieht heute noch manchen Trupp franter oder reconvalescenten Soldaten in die Stadt kommen, während hingegen in allen Theile der letzteren frische Truppen aufgestellt sind, die theils auf der Brünner Eisenbahn, theils mittelst Dampfbooten hierher gekommen, und zum Abmarsch nach dem Kriegsschauplatz bestimmt sind. Einem Gerüchte zufolge hätte sich auch in Senta an der Waag ein Guerrilla-Corps der Insurgenten gezeigt. Die Raaber Post ist heute hier angekommen; nichtsdestoweniger circuliren hier Gerüchte über Vorfälle, die noch nach dem Abgange der Post von Raab geschehen seien, die ich ohne ihnen Glauben beizumessen, Ihnen nur deshalb andeute, weil sie von einem Theil der hiesigen Bevölkerung gern geglaubt werden.

Krankeich.

Paris, den 5. August. Gesetzgebende Versammlung. Sitzung vom 4. August. Präsident Dupin. Die Tagesordnung bestimmt die Wahl eines Staatsraths, da keiner der gestrigen Kandidaten die Majorität erhalten. Mehrere Gesetze lokalen Interesses werden votirt. Das Budget in Betreff der direkten Steuern und des Departemental- und Gemeindedienstes wird mit 450 gegen 25 Stimmen angenommen. Hr. Gauthier de Rumilly wird mit 250 Stimmen zum Mitglied des Staatsraths ernannt. Der Minister bringt einen Gesetzentwurf in Betreff der Getränkesteuer ein. Herr Pailly verliest die Begründung: „Die Constituante legte dem Ministerium die Verpflichtung auf, eine neue Steuer einzubringen. Die Abschaffung der Getränkesteuer verursacht einen Ausfall von 100 Millionen. Das Dekret der Constituante ist kein glückliches zu nennen. Mein Vorschlag geht dahin, die Steuer beizubehalten.“ Die Versammlung übertrifft das Gesetz der Getränkesteuer an die Budget-Kommission. Die Sitzung wird aufgehoben.

Der Präsident der Republik wird sich am 12ten nach Havre begeben, um den Schiffenrennen beizuwohnen, welche alljährlich um diese Zeit dort stattfinden. Die Minister sollen aber einige Besorgniß hegen, daß die Kundgebungen, welche seine dasige Anwesenheit herbeiführen werde, nicht im Geiste des ihm bisher in den Departements widerfahrenen Empfanges ausfallen dürften, denn der Bezirk von Havre ist im Departement der unteren Seine derjenige, welcher der rothen Partei die meisten Stimmen gegeben hat.

Großbritannien und Irland.

London, den 3. August. In der gestrigen Sitzung des Oberhauses brachte Graf Harrowby die La Plata-Angelegenheit zur Sprache in Beziehung auf die Mittheilungen der Zeitungen über die eingeleiteten Verträge mit England und Frankreich; die Engl. Regierung möge in Gemeinschaft mit der Französischen dahin wirken, daß die Unabhängigkeit Uruguay's aufrecht erhalten werde. Marquis v. Lansdowne erwiderte, daß er keine genaue Kenntniß von dem Wortlaute jenes Vertrages habe, da derselbe mit der Franz. Republik unterhandelt sei, von welcher man darüber ohne Mittheilung sei. Die Engl. Regierung habe aber Maßregeln ergreifen, die Ratifikation rechtzeitig zu erfahren, welche aber nicht vor der Rückkehr des Präsidenten der Französischen Republik von einer längeren Reise erfolgen könne. Vor dem Eintreffen dieser Nachricht könne er keine Auskunft über die Schritte geben, welche die Britische Regierung für geeignet halte.

Vorgestern ist in London die Kirche der Jesuiten eingeweiht worden, die erste, welche diese Gemeinschaft in der Hauptstadt

war. Die Stimmung für die Regierung im Ganzen eine günstige; fest entschlossen, sich der beabsichtigten Aufhebung der Sklaverei zu widerlegen. Der Mäßigkeits-Apostel, Vater Mathew, befand sich in New-York.

London, den 4. August. Mit dem Schiff „Montrose“, welches die neueste portugiesische Post überbringt, hat man heute

hier die Nachricht erhalten, daß König Karl Albert am 28. Juli gestorben ist.

In Dublin ist man eifrig mit den Vorbereitungen zum Empfang der Königin beschäftigt. Die Zeitungen sind mit Einzelheiten über die bevorstehenden Feierlichkeiten angefüllt; unter Anderem findet man auch folgende Notiz: „Wir vernahmen aus guter Quelle, daß die Königin bei ihrem Einzug in die Stadt ein Kleid von blauem irländischen Tabinet tragen und während des Aufenthalts hier stets in irländischem Tabinet von verschiedenen Farben gekleidet sein wird.“ Fenster, um den Einzug ansehen zu können, sind mit sechs Guineen bezahlt worden. Während aber die Behörden in Irland mit den Vorbereitungen beschäftigt sind, um den Empfang der Königin möglichst festlich zu machen, bemühen sich die Ultras der irländischen Volkspartei, entschiedene Gegendemonstrationen zu Wege zu bringen. So werden in den Ultra-Blättern in Dublin Lieferungen einer großen Anzahl von schwarzen Fahnen ausgeschrieben, welche beim Einzuge der Königin aufgezogen werden sollen; zugleich drohen die Herausgeber jener Blätter damit, daß jedes Haus, dessen Bewohner der von dem Lord-Mayor erlassenen Aufforderung zur Illumination Folge leisten, bezeichnet werden sollte, und in Cork haben, nach Angabe des Cork Examiner, alle Bewohner der St. Patrick-Straße, der schönsten der Stadt, eine Aufforderung an den Mayor unterzeichnet, eine Erleuchtung der Stadt als „ungeeignet, kostbar und nutzlos“ nicht anzuordnen. Alle diese Demonstrationen werden aber schwerlich befondern Erfolg haben, da man im Allgemeinen mit dem Entschlusse der Königin, nach zwölftägiger Regierung aus Irland einmal zu besuchen, zufrieden ist. Gestern Nachmittag hat sich Ihre Majestät zu Cowes auf der Insel Wight nach Cork eingeschifft.

Ein heut erschienener Geheimrathsbefehl vom 30. v. M.

führt die neuen Zwischlingsstücke unter dem Namen „Florin“ als gesetzliche Silbermünze der vereinigten Königreiche ein. Jeder Florin trägt das gekrönte Bildniß der Königin mit der Umschrift Victoria Regina und der Jahreszahl, auf der Rückseite die Reichswappen mit der Umschrift „Ein Florin, ein Zehnthheil Pfd. Sterl.“

Der elektrische Telegraph meldet die Ankunft der Königin in Cork am gestrigen Tage. Das königl. Geschwader kam Abends 10 Uhr in den Hafen von Cove, wo alle Schiffe glänzend illuminirt waren. In Dublin erwartet man, obgleich desfalls noch nichts amtlich angezeigt ist, daß der Empfang am Mittwoch gehalten werden wird. Die Königin und, so weit sie ihren Einfluß übt, ihr ganzes Gefolge wird in irische Manufakturen gekleidet sein. Die Ultras der Volkspartei haben es, den Demonstrationen für festlichen Empfang der Königin gegenüber, nicht an Anregungen zu Gegendemonstrationen fehlen lassen, im Allgemeinen aber äußert sich große Genugthuung über den Besuch der Königin.

Spanien.

Madrid, den 29. Juli. Die Bewohner der Spanischen Besitzung in Afrika, Melilla, haben eine sehr eindringliche Vorstellung bei der Königin eingereicht, worin sie um Untersützung bitten, um den Schaden zu ersetzen, welchen ihnen die unaufhörlichen Einfälle der Kabylen, so wie die häufigen Erdbeben verursachen. Sie bitten namentlich darum, daß man der Kühnheit ihrer unermüdblichen Feinde, der ersteren, Schranken setzen möge. In der That ist die Lage, worin sich Melilla befindet, sehr traurig. Die wilden Stämme, welche insgeheim von dem Kaiser von Marokko aufgereizt werden, lassen der unerschröckenen Besatzung von Melilla, so wie den Wohlgegnungen daselbst keinen Augenblick Ruhe. Erst vor Kurzem hat das energische Einschreiten der Spanischen Regierung es dahin gebracht, daß der Kaiser einen seiner Söhne mit Truppen nach der Umgegend von Melilla geschickt hat. Dies hatte zu freundschaftlicher Verständigung mit dem Gouverneur von Melilla geführt, und die Angriffe der Kabylen waren eine Zeit lang unterblieben. Späterhin erschien ein Englisches Geschwader, um eine einem Schiffe seiner Nation angethanene Beleidigung zu rächen, und der Spanische Gouverneur that, vermöge seiner guten Verhältnisse zu den Mauren, Alles, um die Absichten des Englischen Admirals zu befördern. Sonderbar genug, haben die Mauren seit jener Zeit, ohne vorhandene Ursache, ihre Feindseligkeiten gegen Melilla wieder begonnen, und befinden sich, was noch sonderbarer ist, in Besitz sehr guter Geschütze und vortrefflicher Munition, ohne daß man wüßte, wie sie dazu gekommen sind. — Neuere Nachrichten zufolge, welche eine Zeitung in Sevilla enthält, wird eine Expedition gegen die Mauren ausgerüstet.

Ueber die Heirath der Tänzerin Lola Montez enthält der Heraldo einen eigenen Artikel. Ihr Geburtsort ist Triana (bei Sevilla). Der Artikel schließt folgendermaßen: „So hat nun die öffentliche Laufbahn der berühmten spanischen Tänzerin geendet, und es ist wahrscheinlich, daß sie die Welt nicht mehr mit den Berichten von ihren Tollheiten und ihren Anbetern, noch von den Peitschenschlägen auf die deutschen Gendarmen erfüllen wird.“

Niederlande.

Aus dem Haag, den 3. August. Das Handelsblad publicirt das Provinzial-Wahlgesetz, welches die Regierung den Kammern vorgelegt hat. Nach demselben begreift jeder Provinzial-Wahlbezirk 5000 Seelen (in der Provinz Drenthe aber nur 4000) und die Wähler sind nämlich wie für die zweite Kammer; alle seit 1 Jahr in der Provinz wohnenden Niederländer im Alter von 25 Jahren sind wählbar. Die Wahl erfolgt auf 6 Jahre und wird alle 3 Jahre zur Hälfte erneuert. Die gewöhnlichen Sitzungen dürfen nicht über 15 Tage dauern. Die Mitglieder erhalten 25 Gulden Entschädigung für jede ganze Session.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, den 31. Juli. Auch die Gothenburger Handels- und Schiffszeitung erwähnt des Gerüchts, daß Schweden mit einer nicht geringeren Anzahl als 6000 Mann Nordschleswig besetzen wolle.

Der König hat befohlen, daß die Fregatte „Götheborg“ und die Korvette „Najaden“ nach Karlskrona abgehen und dort ganz besetzt und segelfertig die weiteren Befehle des Königs abwarten sollen.

Die Nachrichten von unserem Uebungsgechwader gehen bis zum 24. Bei Eyo passirte es das Russische Geschwader, und am 24. das Dänische Linieneschiff „Skold“. Der Herzog von Ostgothland und die ganze Mannschaft befinden sich wohl, mit Ausnahme von vier Mann auf der Fregatte „Treja“.

Dänemark.

Kopenhagen, den 4. August. „Faebrelanbet“ bringt eine Reihe Artikel über die Friedensgrundlage, in welchen es in Bezug auf die authentische Interpretation der Friedenspräliminarien im „Preussischen Staats-Anzeiger“ bemerkt, daß Preußens treuloses Verfahren, seine Unwahrhaftigkeit und sein Mangel an Achtung vor der natürlichen Bedeutung der Worte, welche es durch alle Unterhandlungen hindurch geoffenbart habe, bewirken müßten, daß der Englische und Russische Gesandte in Berlin auf Needy's Seite ständen. Nicht nur das Heerwesen und die Finanzen, sondern auch die gesetzgebende Repräsentation müsse Schleswig mit Dänemark gemeinsam haben, und Dänemark dürfe nicht von der Auffassung abweichen, daß Schleswig eine provinzielle Selbstständigkeit, höchstens eine förderative haben dürfe. Auch könne die Dänische Regierung nicht durch den Artikel über die Ordnung der Erbfolge haben einräumen wollen, daß jemals Schleswigs unaufschiebbare Verbindung mit Dänemark in Zweifel gezogen werden könne! „Flyveposten“ weiß natürlich schon aus glaubwürdiger Quelle, daß die bei der Lösung der Dänischen Frage theilnehmenden fremden Mächte bereits gegen die Auffassung der Friedenspräliminarien im „Preussischen Staats-Anzeiger“ förmlich Protest eingelegt.

Italien.

Rom, den 27. Juli. Unter Pius VI. begab sich das Volk auf das alte Forum und theilte sich in zwei Lager, die sich Steine zuwarfen. Diese alte Sitte ist wieder erstanden. Seit zwei Sonntagen begeben sich die Monticianer und Trasteveriner auf das genannte Feld und begrüßen sich mit Steinwürfen. Damit die Kämpfer nicht fliehen, stehen Männer mit Knütteln bewaffnet hinter ihnen, die sie auf das Schlachtfeld treiben. Am letzten Sonntag gab es 4 Tödtete und 64 Verwundete. — Die Municipal-Commission von Rom, die bekanntlich von dem Gen. Dabiniot neulich eingesetzt wurde, hat eine Einladung an den Papst geschickt, seine Rückkehr nach Rom so viel als möglich, zu beileben. — Pius IX. hat der Municipalität einiges Geld überwiesen, um den Armen Arbeit zu verschaffen. Diese Geldsendung war von folgendem, am 20. d. in Gaeta erlassenen Handschreiben des Papstes begleitet: „Die Gefühle, welche Ihr, geliebte Söhne und Unterthanen, in Eurer Adresse ausgesprochen, haben unsern Geist erhoben, nachdem er durch den Gedanken an sehr schwere Uebel, welche durch Feinde Gottes und der Menschen auf den päpstlichen Unterthanen gelastet haben und noch lasten, niedergebengt war. Wir sind überzeugt, daß Ihr, so viel an Euch ist, alles Mögliche zur Vermeidung dieser Uebel beitragen werdet. Wir segnen Euch als jetzt Abwesende, wünschen aber, Euch bald in der Nähe segnen zu können.“

Türkei.

Smyrna, den 23. Juli. Aus Alexandrien ist die Nachricht hier angekommen, daß bei einer großen Feuersbrunst dort der Staat einen Verlust von circa 40 Millionen Piafter erlitten hat. Obgleich dieser Verlust bedeutend zu nennen ist, so hätte dem jetzigen Gouvernement vielleicht kein größerer Gefallen geschehen können, als daß es so gekommen, denn es ist das Arsenal mit seinen Vorräthen, welches zum Theil von den Flammen verzehrt worden. Abbas-Pascha hat jetzt ein triftiges Motiv, zu sagen: Ich kann für die Werke, für den Schiffsbau, für die Angestellten nichts thun, ich habe kein Material mehr. Das Feuer ist an fünf bis sechs verschiedenen Stellen zugleich ausgebrochen. Strenge Nachsichungen wird man halten, um die Uebelthäter zu entdecken, die wahrscheinlich um schnödes Gold die gefährliche Macht der Europäer in Aegypten zu stürzen suchen wollten. — Abbas-Pascha befindet sich noch immer in Kahira, wohin auch seine Mutter kürzlich von Konstantinopel zurückgekehrt ist. Die Söhne Mohammeds-Ali's, der vielleicht jetzt schon todt sein mag, da er bei Abgang der Post sehr gefährlich krank war, befinden sich ebenso wie die Söhne Ibrahim-Pascha's in Kahira, die besten Geiseln für Abbas-Pascha. — In Beirut ist Herr M. Montefiore mit seiner Familie auf seiner Reise nach Palästina angekommen. (D. A. Z.)

Bereinigte Staaten von Nord-Amerika.

Der Dampfer „Washington“ ist auf der Reise nach Bremen am 4. August in Southampton angekommen. Seine Nachrichten sind drei Tage neuerer als die neulichen der Canada. Die Zeitungen aus Neu-York und Canada sind mit Berichten über die Cholera angefüllt, welche ihre Verheerungen auf dem ganzen Kontinent fortsetzt und noch zuzunehmen scheint. Nachrichten aus Mexiko melden, daß Paredes sich für Santa Anna erklärt hatte und daß eine Revolution zu Gunsten der Unabhängigkeit von Sierra Madre erwartet wurde. In Venezuela war die Ermordung des Präsidenten Monagas versucht worden, die zum Glück scheiterte. Die Ermordung von Auswanderern aus Neu-York im Arkansas durch Indianer bestätigt sich. In Valparaiso waren gegen 1 1/2 Millionen Dollars in Golde aus Kalifornien angekommen und in Warren geschmolzen worden. In Peru stockten die Unternehmungen nach Kalifornien, weil daselbst die Preise der betreffenden Artikel sehr niedrig standen.

Mexico.

Matamoros, den 18. Juni. (N. L. Z.) Das heutige Blatt des Buen Publico theilt folgendes wichtige Aftenstück mit: „Unabhängigkeits-Erklärung vom 16. Juli 1849. (Einmüthige Erklärung der sieben nördlichen Staaten von Mexico.) Wenn es im Verlaufe menschlicher Ereignisse für eine Nation nöthig wird, die politischen Bande aufzulösen, welche sie mit einer anderen vereinigen, und getrennt für sich unter den Mächten der Erde die Stellung einzunehmen, zu welcher sie die Naturgesetze und der Gott der Natur berechnen,

verlangt die Achtung für die Meinung der Menschheit, daß sie die Ursachen angebe, die sie zu der Trennung zwingen. Die Geschichte der jetzigen und früheren Regierung Mexiko's ist eine Geschichte wiederholter Verletzungen und Usurpationen, deren Zweck die Begründung einer absoluten Tyrannei über diese Staaten war. Um dies zu beweisen, legen wir einer unparteiischen Welt folgende Thatfachen vor: 1) Wir sind müde der politischen Wankungen, die bisher nichts waren als fortgesetzte Bedrückung, von anderen Händen ausgeübt, und erklären uns für frei. 2) Wir sind müde der Erpressungen, die nur zu dem Zwecke geschehen, die Macht derer fortzuerhalten, welche die Freiheiten des Volkes an sich reißen, und erklären uns für frei. 3) Wir sind müde der Heere, welche nur zusammengezogen werden, um die Industrie zu vernichten, und erklären uns für frei. 4) Wir sind müde, daß unsere, fortwährend von Bajonetten bedrohte geliebte Religion in ihrem Bestreben, Allen Wohlthun und Allen Bildung zu verleihen, gesehelt wird, und erklären uns für frei. 5) Wir sind es müde, daß dem Volke inmitten seiner großen Besitzungen das Recht des individuellen Besizes versagt wird, und erklären uns für frei. 6) Wir sind müde der Versprechungen, die man unseren Kindern gemacht hat, welche vergebens von ihren Beherrschern das Recht der Erziehung erwarten, und erklären uns für frei. 7) Wir sind es müde, unsere Väter in das Grab sinken zu sehen wie das Vieh, ohne irgend eine Erleichterung, und erklären uns für frei. 8) Wir sind es müde, daß die Usurpatoren Purpur und Gold aufhäufen, während allüberall Armuth und Elend herrscht, und erklären uns für frei. 9) Wir sind müde der National-Erklärung, daß Sklaverei auf unserem Boden nicht geduldet werden solle, während der Hausdienst ein verhaßtes, abscheuwürdiges und grausames System ist, das ohne Forderung und ohne gleichen herrscht, und wir erklären uns für frei. Wir, das Volk der sieben nördlichen Staaten Mexiko's, rufen den höchsten Richter der Welt zum Zeugen der Redlichkeit unserer Absichten an und proklamieren und erklären hiermit feierlich, daß diese vereinigten Staaten frei und unabhängig sind, frei und entbunden von aller Treue gegen die Mexikanische Regierung, daß jede Verbindung zwischen ihnen aufgehört hat und aufgelöst ist, und daß wir folglich, als freie und unabhängige Staaten, das Recht haben, Truppen auszuheben, Frieden zu schließen, Bündnisse einzugehen, Handel zu treiben und alles Andere zu thun, was von Rechts wegen einem freien und unabhängigen Staate zusteht. Um diese Erklärung aufrecht zu erhalten, in festem Vertrauen auf die göttliche Vorsehung, verpflichten wir uns gegenseitig, unser Leben, unser Vermögen und unsere heilige Ehre. Wir haben das Schwert gezogen und die Scheide von uns geworfen. Der Tag ist gekommen. Tod den Tyrannen.

Kammer-Verhandlungen.

Zweite Kammer.

Erste Sitzung vom 7. August.

Unmittelbar von dem Schlosse, vor welchem sich, an der Lustgartenstraße nur wenige, an der Schloßplatzseite fast gar keine Zuschauer eingefunden hatten, begaben sich die Abgeordneten der zweiten Kammer nach ihrem Sitzungssaale. Die Lokalitäten dieser Kammer haben nur geringe Veränderungen erfahren: die zu den Zuhörer-Räumen führenden Treppen sind elegant hergerichtet, auch die zu dem Hause gehörigen Gartenpartien eröffnet und mit Perrons, zur Erholung der Abgeordneten, versehen. Im Innern des Saales selbst sind vor dem Ministerstisch Plätze für das Centrum eingerichtet. Auf denselben hatten heut u. A. die Herren Wengel (Ratibor), v. Beckerath, Simson und Kühlwetter Platz genommen; Hr. v. Griesheim saß an der Spitze des linken Centrums, da, wo während der vorigen Session der Dr. Koch gesessen hatte. Die Plätze der früheren äußersten Linken waren heut ganz leer. Die den Mitgliedern der ersten Kammer vorbehaltene Tribüne war ziemlich gefüllt, die übrigen Zuhörer-Tribünen, mit Ausfluß einer einzigen, worin sechs Personen waren ganz leer. Von den Zeitungs-Berichterstattern hatten sich vier eingefunden. Bald nach ein Uhr ersuchte Hr. Bauer (der frühere Abgeordnete Berlins zur ersten National-Versammlung) die An-

wesenden, daß sie, Behufs der Constituirung eines Alterspräsidenten wählen möchten, zu welchem Ende er Hr. Jellingner vorschlug. Dieser lehnte diese Ehre, welcher er sich nicht gewachsen fühle, in wenigen Worten ab. Demnächst wurde Hr. Franke (Oberbürgermeister von Magdeburg) vorgeschlagen. Er erklärte, daß er 64 Jahre 4 Monate alt sei. Da sich kein älterer meldete, so nahm er den Präsidentenstuhl ein. Hr. Franke erklärte, daß er zum ersten Male an einem Parlamente Theil nehme, mit allen parlamentarischen Gebräuchen, Einrichtungen und Formen gänzlich unbekannt sei, und deshalb um Nachsicht bitten müsse. Er unternehme es nicht, der Versammlung vorzuführen, was sie besonders zu erstreben habe und dem Vaterlande nothwendig sei. Das überlasse er dem Präsidenten der Wahl. Ihm aber bleibe noch übrig, Gottes reichsten Segen für den König und das Königshaus, das Vaterland und dessen tapferes Kriegsheer, endlich für beide Kammern herabzusenden, und damit die Sitzung zu eröffnen (Bravo). — Zur Feststellung der Geschäfts-Ordnung, ohne welche eine Constituirung nicht wohl anginge, gebe es zwei Wege: entweder eine ganz neue zu entwerfen, oder die revidirte der aufgelösten zweiten Kammer d. d. 28. März d. J., vorbehaltlich der Revision, ohne Weiteres anzunehmen. Der erstere Weg erfordere zu viel Zeit, der zweite biete sich dagegen als der schnellere und geeignetere dar. Die letztgedachte Geschäftsordnung wurde demnächst, ohne alle Debatte, einstimmig angenommen. Als Schriftführer meldeten sich hierauf die jüngsten Mitglieder der Versammlung und nahmen zu beiden Seiten des Präsidenten ihre Plätze.

Der Alterspräsident entzweite hierauf an, daß 251 Mitglieder anwesend seien (es fehlen zur Vollzahl also 99) und auf Befragen nannten sich die Abg. Meier, Mengel, Ostermann und Scheerer als die Schriftführer.

Um diese Zeit erschien der Minister von Manteuffel und setzte sich an den bis dahin leeren Ministerstisch, bald darauf auch der Minister v. d. Heydt (beide Minister sind bekanntlich auch Mitglieder der zweiten Kammer).

Der Alterspräsident beräumt die nächste Plenarsitzung auf Freitag den 10. d. um 11 Uhr Vormittags an.

Hr. Schaffranek brachte nun noch seinen in früheren Kammern gemachten Vorschlag, die Sitzungsprotokolle und stenographischen Berichte auch in polnischer Uebersetzung erscheinen zu lassen, abermals zur Sprache.

Hr. v. Auerwald meinte, daß jetzt darüber noch gar nicht gesprochen werden könne, Hr. Krotowski-Krauthofer unterstützte den Antrag, über welchen jedoch, auf des Grafen Arnim Vorschlag, zur einfachen Tagesordnung übergegangen wurde.

(Schluß der Sitzung: Gegen 2 Uhr. Nächste: Freitag um 11 Uhr Vormittag.)

Sitzung der ersten Kammer vom 8. August.

(Präsident v. Auerwald. Anfang 11 Uhr.)

Die Herren Minister sind, bis auf den Conferenzpräsidenten, sämmtlich anwesend. Nach Verlesung der Vertagungsordere zeigt der Schriftführer den Austritt einiger, so wie den Eintritt anderer Mitglieder an: auch ein Todesfall hat in der Zwischenzeit stattgefunden. Eine Menge Urlaubsgesuche werden bewilligt. Nur das des Abgeordneten W. I. d. e. erregte Widerspruch, da es keine Motive enthält, und wird mit sehr großer Majorität abgelehnt. Dem Abgeordneten G. o. l. z. m. a. n. werden nur vier Wochen, statt der geforderten sechs bewilligt, in Gemäßheit der früheren Praxis, nie ein weitergehendes Gesuch zu genehmigen. Während dieser Verlesungen ist auch Graf v. Brandenburg eingetreten.

Präsident von Auerwald: Die Kammer wird mit mir darin einverstanden sein, daß es zunächst nothwendig ist, den Centralausschuß für die Revision der Verfassung durch neue Wahlen zu ergänzen. Ich ersuche die Herren Abtheilungsdirigenten, dieses Geschäft gleich nach Beendigung der Plenarsitzung vornehmen zu wollen. Es würde mir, meine Herren, schlecht anstehen, bei dem Wiederantritte meines Amtes über Ereignisse zu sprechen, die Sie Alle mit erlebt, an denen Sie sich mit betheilig haben: darüber wird die Geschichte richten, deren Urtheil diese Vorfälle anheimfallen. Aber Eins kann ich nicht unterlassen, hier auszusprechen: Preußen, ja ganz Deutschland ist seinem Heere, das sich durch und durch als eine volksthümliche Institution erwiesen hat, Dank, unendlichen Dank schuldig. Wenn Sie darin mit mir übereinstimmen, daß es Pflicht ist, oder vielmehr, daß es sich von selbst versteht, daß die Vertreter des Volkes diesen Dank aussprechen: so ersuche ich Sie, dies durch ein Zeichen kund zu geben. — Die ganze Versammlung erhebt sich unter lautem Bravo!

Kriegsminister Strotha: Ich danke Ihnen im Namen des Heeres, das seine Pflicht auch ferner erfüllen wird, wie bisher.

(Bravo!) Einige Neuwahlen werden auf Antrag des betreffenden Berichterstatters genehmigt.

v. Jordan verliest den Bericht der Kommission für Geschäftsordnung, welche einige Abänderungen des bestehenden Reglements vorschlägt, um den Geschäftsgang zu beschleunigen. Einstimmig angenommen. Folgender dringlicher Antrag des Grafen von Eulenburg wird unterstützt: Die Organisation und Reorganisation der Bürgerwehr ist auszuführen, die bestehenden Bürgerwehren sind zu suspendiren, bis das Gesetz vom 17. Oktober 1848 auf Grund einer neuen Gemeindeordnung abgeändert ist. Derselbe geht darauf direkt an die betreffende Commission in Folge des eben gefassten Beschlusses, daß nur diejenigen Anträge zuerst an die Abtheilungen gelangen sollen, von denen die Kammer es ausdrücklich verlangt.

Minister v. Manteuffel: Ich überweise hier zwei Rechnungsbücher über den Erfurter und Berliner Belagerungszustand; die übrigen Berichte werden nachfolgen.

Nächste Sitzung: Montag 10 Uhr. Schluß der Sitzung: 12½ Uhr.

Markt-Bericht.

Berlin, den 6. August.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 57—62 Rthlr. Roggen loco und schwimmend 27½—30 Rthlr., pr. August/Sept. 27½ Rthlr. verk. u. G., Sept./Okt. 29 u. 28½ Rthlr. verk., 29 Br., 28½ G., Okt./Novbr. 29½ Rthlr. Br., 29 verk. u. G. Gerste, große loco 25—26 Rthlr., kleine 17. Hafer loco nach Qualität 17 bis 18 Rthlr., Sept./Oktbr. 48 Pfund. 17 Rthlr. Br., 50 Pfund. 17½ Rthlr. Br. Erbsen, Kochwaare 33—35 Rthlr., Futterwaare 30—32 Rthlr. Rübe-Deo loco 13½ Rthlr. bez. u. Br., pr. August 13½ Rthlr. Br., 13½ G., Aug./Sept. 13½ Rthlr. bez. u. Br., Septbr./Oktbr. 13½ Rthlr. bez. u. Br., 13½ G., Oktbr./Novbr. 13½ Rthlr. Br., 13½ G., Nov./Decbr. 13½ Rthlr. Br., 13½ G., Decbr./Jan. 13½ Rthlr. Br., 13½ G. Leinöl loco 10½ Rthlr. Br., pr. Aug./Septbr. 10½ Rthlr. Br., 10½ G. Mohöl 17 Rthlr. Hanf 14 Rthlr. Palmöl 13½ Rthlr. Südsee-Zirhan 11½ Rthlr. Br. Spiritus loco ohne Faß 16 Rthlr. verk. u. Br., pr. Aug./Sept. 15½ Rthlr. Br., Sept./Okt 16 Rthlr. verk. u. Br.

Berliner Börse.

Den 8. August 1849.

	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	104½	—
Staats-Schuldscheine	3½	85½	85
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	—	96½
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	80½
Berliner Stadt-Obligationen	5	102½	101½
Westpreussische Pfandbriefe	3½	—	87
Grossh. Posener	4	—	98½
Ostpreussische	3½	—	87½
Pommersche	3½	94½	94½
Kur- u. Neumärk.	3½	—	94½
Schlesische	3½	—	93½
v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	93½	—
Friedrichsd'or	—	13½	13½
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	12½	12½
Disconto	—	—	—
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	82½	82½
Prioritäts	4	90	—
Berlin-Hamburger	4	—	69
Prioritäts	4½	—	95½
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	58	57½
Prior. A. B.	4	87½	87½
Berlin-Stettiner	5	—	98½
Cöln-Mindener	4	95	94½
Prioritäts	3½	—	88
Magdeburg-Halberstädter	4	96	—
Niederschles.-Märkische	4	79½	79½
Prioritäts	4	—	89
III. Serie	5	102	—
Ober-Schlesische Litt. A.	5	98½	98½
B.	3½	—	102½
Rheinische	3½	—	102
Stamm-Prioritäts	4	—	—
Prioritäts	4	—	—
v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4	58½	—
Stargard-Posener	3½	79½	79½

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.
Verantw. Redakteur: C. Senzel.

Stadt-Theater in Posen.

Sonnabend den 11. August. Dritte Gastdarstellung des Herrn Klischig, ersten Mimikers der Theater zu Paris und London, zum Erstenmale: Jocko, oder: Der Brasilianische Affe; Melodram in 2 Akten nach dem Französischen von E. Gnauth. — (Jocko: Herr Klischig.) — Diefem geht vor, zum Erstenmal: Familienzwist und Frieden; Lustspiel in einem Aufzuge von G. zu Putlig. (Wanuser.)

Bekanntmachung.

Die Reinigung der Stadt vom Straßenthoth soll wie früher auf ein Jahr vom 15ten September c. dem Mindestfordernden überlassen werden. Hierzu steht der Licitations-Termin auf

den 27ten August c. Vormittags 11 Uhr. vor dem Herrn Stadtrath Thayler an, wozu Unternehmungslustige eingeladen werden.

Die Bedingungen liegen in unserer Registratur zur Einsicht bereit.

Posen, den 29. Juli 1849.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zur Lieferung von 330 bis 430 Klastern Eichen-Klobenholz und zu jeder Klasten 3 Kloben fettes Klobenholz für die rathhäuslichen Bureaux und die städtischen Institute, so wie zur Vertheilung unter die Armen in den Wintermonaten des Jahres 1850 durch den Mindestfordernden, steht der Licitations-Termin auf

den 29ten August c. Vormittags 11 Uhr vor dem Herrn Stadtrath Thayler auf dem Rathhause an, zu welchem Unternehmungslustige eingeladen werden.

Die Bedingungen können in unserer Registratur eingesehen werden.

Posen, den 3. Juli 1849.

Der Magistrat.

In meinem Bureau kann ein tüchtiger Schreiber, welcher beider Landessprachen mächtig ist und das Expediren versteht, gegen eine angemessene Remuneration sofort eine Anstellung finden.

Guderian, Justizrath.

Nach New-York segelt am 10. August von Hamburg das Amerikanische Schiff „Rhodes-Island“, Capt. Sherman.

Das Nähere über die Passage-Bedingungen bei D. L. Lubenau, Wwe. & Sohn.

Ich habe einen Transport Pommersehe Gettochen mit der Eisenbahn erhalten, und werde das Pfd. Fleisch à 3 Sgr. 6 Pf. in der jüdischen Fleischbank verkaufen. Diese Thiere sind so fett, daß sie jeden Prämiens-Damen, den wir bis jetzt hierorts gesehen haben, bedeutend übertreffen, und stehen dieselben auf der Sturzenbecher'schen Wiese nahe der kleinen Schleuse zur beliebigen Ansicht.

Posen, den 9. August 1849.

Philipp Weig junior.

No. 28. Berliner Straße ist ein Flügel zu vermieten.

Billiger Dachsteine-Verkauf.

Auf dem Holzplage, Graken No. 5, vis-à-vis der Loge, sind Dachsteine bester Qualität zu dem äußerst billigen Preise von 7 Rthlr. das Tausend in jeder beliebigen Quantität zu bekommen.

Conzert-Anzeige.

Das unterm 4. d. M. angekündigte

Große-Fest-Conzert

im Bahnhofs-Garten, von sämmtlichen hiesigen Militär-Musik-Chören, dessen Wohlthätigkeitszweck bereits bekannt ist, findet Sonnabend den 11. d. M. bei einigermaßen günstigem Wetter bestimmt statt. Billets à Duzend 1 Thlr. 15 Sgr. sind nur noch in der Conditorei des Herrn Freundt zu haben. Der Anfang beginnt um 5 Uhr. Das Nähere durch die Anschlagzettel.

Bornhagen.

Einladung

zum Vogelschießen in Urbanowo. Sonntag den 19ten und Montag den 20sten d. M. findet bei mir in Urbanowo ein großes Scheibens-, Platter- und Vogelschießen,

gleichsam zum Volksfeste eingerichtet statt. Dieses Fest recht zu verherrlichen und zu erhöhen, habe ich nicht unbedeutenden Kostenaufwand gescheut, und bitte daher um recht zahlreich Theilnahme und Besuch.

Konzert an beiden Tagen nebst Feuerwerk.

Dechmich.

Vogelschießen

im Schilling.

Am 12. u. 13. August d. J. wird ein allgemeines Vogelschießen stattfinden. Der Vogel ist bereits zur beliebigen Ansicht aufgestellt. Programms, Subscriptionslisten und Billets à 17½ Sgr. liegen in den Buchhandlungen der Herren Stefanski und Gebr. Scherk, sowie bei dem Herrn Restaurateur Fliege, Herrn Konditor Rüster und bei mir im Schilling aus. Gleichzeitig findet ein Vogelwerfen für Damen und Kaiseroberschießen für Kinder statt. Ergebnisse Bitte um recht zahlreiche Theilnahme, da ich keine Kosten und Mühe scheuen werde An oben genannten beiden Tagen findet auch Concert statt.

L. Schulz.